

Kita-Besuch mit Geld im Gepäck

Daniel Günther und Franziska Giffey unterzeichnen Vertrag zum neuen Gesetz – Bund zahlt 191 Millionen Euro

VON GUNNAR MÜLLER

KIEL. Schleswig-Holstein bekommt bis zum Jahr 2022 etwa 191 Millionen Euro aus Bundesmitteln für eine bessere Kita-Betreuung. Einen entsprechenden Vertrag zum neuen Kita-Gesetz haben gestern Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD), Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) und Familienminister Heiner Garg (FDP) in Kiel unterzeichnet. Dabei werde das Geld durch den Einsatz der Ministerin durch einen Beschluss des Bundeskabinetts auch über das Jahr 2022 hinaus gezahlt, erklärte der Ministerpräsident. Bisher war eine Befristung bis zum Jahr 2022 vorgesehen. Der Vertrag regelt, dass Schleswig-Holstein 102 Millionen Euro ergänzend zu den Landesmitteln für die Verbesserung der Betreuung einsetzen wird, die übrigen 89 Millionen sollen zur Deckelung der Beiträge dienen.

Während in Berlin beim Tauziehen um den SPD-Vorsitz täglich ein neuer Name fällt, besuchte Franziska Giffey am Vormittag die DRK-Kindertagesstätte in Altenholz. Tags zuvor hatte sich die Bundesfamilienministerin selbst aus dem Rennen um den Vorsitz genommen. Die Freie Universität Berlin (FU) prüft derzeit die Doktorarbeit der 41-Jährigen auf Plagiate. Für den Fall, dass die FU Giffey den akademischen Titel entziehen sollte, kündigte die Ministerin bereits ihren Rücktritt an.



Bundesfamilienministerin Franziska Giffey besuchte mit Ministerpräsident Daniel Günther (links) und Familienminister Heiner Garg (vorne links) die DRK-Kita in Altenholz.

FOTO: UWE PAESLER

In der Kita spielte das gestern aber alles keine Rolle. „Wir sind noch ganz beseelt von den Eindrücken“, sagte Daniel Günther. Noch mehr freute sich Schleswig-Holsteins Ministerpräsident jedoch darüber, dass Giffey nach ihrem Kurzbesuch zur Kieler Woche nun „mit Geld im Gepäck“ wieder an die Förde ge-

” Kinderbetreuung ist eine nationale Zukunftsaufgabe.

Franziska Giffey,
Bundesfamilienministerin (SPD)

kommen ist. Die Unterzeichnung des Vertrags ist für Günther eine wichtige Hilfestellung: Die Landesregierung plant, die Kita-Finanzierung auf neue Füße zu stellen. „Wir wollen mehr für Qualität tun und Eltern entlasten. Daneben müssen wir aber auch die Kommunen unterstützen“, so der Ministerpräsident. „Auf je-

den Fall soll das auch nach 2022 verstetigt werden – für uns eine wirklich gute Nachricht.“ Der ganze Kita-Themenbereich könne nur von Bund, Land und Kommunen gemeinsam angepackt werden. Der Kabinettsbeschluss diene daher der Planungssicherheit. „Kinderbetreuung ist eine nationale Zukunftsaufga-

be“, pflichtete Familienministerin Franziska Giffey bei. Der Bund investiere enorme Mittel zur Entlastung von Eltern. „Es geht um mehr Qualität und weniger Gebühren.“ Bis zu 800 Euro im Monat: Gerade in Schleswig-Holstein würden im bundesweiten Vergleich mit die höchsten Kita-Gebühren fällig, so die Ministerin. „Das darf nicht sein. Wir wollen Zugang und Teilhabe ermöglichen.“ Deswegen sei es richtig, dass Schleswig-Holstein in beiden Bereichen einen Schwerpunkt setze. „Wir stehen gemeinsam in der Verantwortung, unseren Jüngsten die besten Startchancen zu ermöglichen“, sagte Familienminister Heiner Garg.

Mit der Kita-Reform sollen ab Mitte 2020 Gruppen im Elementarbereich von mindestens zwei Fachkräften betreut werden. Bislang waren dies rechnerisch nur 1,5 Erzieher pro Gruppe. Daneben sollen die Elternbeiträge gedeckelt werden: Für Kinder unter drei Jahren liegt der Beitrag für einen Halbtagsplatz bei höchstens 180 Euro, bei einer ganztägigen Betreuung bei 288 Euro. Für ältere Kinder ab drei Jahren gelten 145 Euro beziehungsweise 233 Euro als Obergrenze. In die Kita-Reform investiert das Land in der laufenden Legislaturperiode 481 Millionen Euro.

Insgesamt stellt der Bund bis 2022 rund 5,5 Milliarden Euro bereit. Bis zum Herbst sollen Verträge mit allen Bundesländern geschlossen sein. Danach können die Mittel fließen.